

Deutscher Caritasverband „Caritas international“

Pressekonferenz „Jahresbericht 2021“

Freiburg, 13. Juli 2022, 10:30 Uhr

ES GILT DAS GESPROCHENE WORT!

In direktem Zusammenhang mit dem Krieg in der Ukraine steht die weltweite Hungerkrise. Noch nie waren Nahrungsmittel so teuer wie in den vergangenen Monaten. Und nie zuvor litten mehr Menschen an Hunger und Unterernährung – eine direkte Folge dieser Verteuerung.

48 Mio. Menschen in 43 Ländern weltweit sind laut Welternährungsprogramm bereits jetzt nur noch einen Schritt vom Verhungern entfernt. Tagtäglich haben wir derzeit in unseren Projektländern mit Menschen zu tun, die zu wenig zu essen auf dem Teller haben. Wir durchlaufen weltweit eine Hungerkrise, wie wir sie so dramatisch noch nicht erlebt haben. Von einer Hunger-Welle zu sprechen, verharmlost die Lage schon beinahe. Es geht eher um einen Hunger-Hurrikan. Es geht um Leben und Tod.

Der Krieg in der Ukraine ist ein wichtiger Faktor in der besorgniserregenden Entwicklung. Aber nicht der einzige. Bereits vor dem 24. Februar zeigten die Statistiken eine zuvor nicht gekannte Dramatik. Die Gründe der Ernährungskrise waren u.a. die strukturelle Ungleichheit, Covid19, die Klimakrise sowie Kriege und Konflikte. Allein Covid19, Frau Welskop-Deffaa sagte es eben, hat 141 Mio. Menschen zusätzlich in den Hunger und Ernährungsnot getrieben.

Aber die durch den Ukrainekrieg ausgelöste Preisexplosion hat die Dramatik der Lage massiv verstärkt. Ich möchte Ihnen einige Beispiele aus unseren Projektländern schildern:

Aus dem Libanon melden unsere Caritas-Partner, dass Nahrungsmittel um 375% teurer geworden sind. Transportkosten haben sich verfünffacht, Kosten für Wasser und Elektrizität, Medikamente sowie die ärztliche Versorgung innerhalb eines Jahres vervierfacht. Gleichzeitig ist der Bedarf für die 1,5 Mio. syrischen Flüchtlinge, der 200.000 palästinensischen Flüchtlinge, aber auch von 2,2 Mio. hilfsbedürftigen Libanes_innen stetig gestiegen.

Diese massiven Preissteigerungen stellen uns tagtäglich vor die Frage: Wem können wir überhaupt noch helfen? Und wen müssen wir von unserer Hilfe ausschließen? Denn allein mit zusätzlichen Mitteln können wir das Auseinanderklaffen der Schere von Bedarf und eigenen Möglichkeiten nicht ausgleichen. Das sind dramatische, schmerzhaft, nicht selten lebensbedrohende Entscheidungen.

In Äthiopien mussten unsere lokalen Partner in unseren Hilfsprojekten bereits die Lebensmittelrationen anpassen und die Zahl der Begünstigten reduzieren. Teilweise um die Hälfte. Essen wird dort wie anderswo für immer mehr Menschen unbezahlbar.

Kaum weniger dramatisch sieht es in Afghanistan aus. Dort sind bereits 50 % der Bevölkerung existenziell von Hilfsgüterverteilungen abhängig. Alles, was über den existenziellen Bedarf wie Nahrung und Trinkwasser hinausgeht, wird auf den Märkten des Landes kaum noch angeboten, weil die Bevölkerung keine Mittel dafür hat. Selbst eine einzige Mahlzeit übersteigt vielerorts das Tageseinkommen.

Auf welchen Kontinent auch immer wir hinschauen, die Lage spitzt sich für die Menschen zu: Somalia steht vor einer Hungersnot, im Südsudan musste vor drei Wochen die Versorgung von 1,7 Mio. Menschen beendet werden, in Haiti und Afghanistan hungert die Hälfte des Landes, in Kenia sehen sich 500.000 Menschen mit einer schweren Hungerkrise konfrontiert, in Äthiopien haben 7,2 Mio. Menschen Dürre-bedingt nicht genug zu essen. Weltweit sind in der aktuellen Hungerkrise 345 Millionen Menschen zu den Hungernden und Unterernährten hinzugekommen, so dass es nun insgesamt 811 Mio. Menschen sind.

Wir befürchten in diesen und anderen Ländern, die stark von der Landwirtschaft oder von Lebensmittelimporten abhängen, dass plötzliche Preisschwankungen als wirtschaftliche und politische Schocks wirken, die zu Brotprotesten, Hungerrevolten und Gewalt führen. Wenn alle Nationen aus Angst, selbst zu kurz zu kommen, ihre Weizenreserven für sich behalten, könnte es in Afrika zu einer Katastrophe kommen, gegen die selbst die Opferzahlen im Ukrainekrieg verblassen.

Es bleibt uns deshalb jetzt keine Zeit mehr für politisches Taktieren, es geht darum, unserer humanitären Verantwortung als Weltgemeinschaft gerecht zu werden. Die gute Nachricht ist, dass es Hebel gibt, um Verbesserungen zu erreichen. Denn auch diese Hungerkrise ist menschengemacht, sie kommt nicht wie eine Naturkatastrophe über uns, sondern ist auf ökonomische und politische Fehlentscheidungen zurückzuführen. Und deshalb aber auch bekämpfbar.

Denn in erster Linie haben wir ein Verteilungsproblem. Es gibt (noch) genug Nahrung für alle. Aber die Nahrung kommt nicht bei allen an, ist für viele nicht mehr erschwinglich. Statt Menschen satt zu machen, landet Getreide in Futtertrögen, wird in Lagern gebunkert oder kommt wie jetzt in der Ukraine kriegsbedingt nicht zu den Menschen. Das beflügelt die Spekulation und lässt die Börsen explodieren, so dass in den eben von mir genannten Ländern die Familien 80 Prozent und mehr ihres Einkommens für die Ernährung aufbringen müssen.

Um das zu ändern, dürfen wir keine Gelegenheit auslassen, uns für eine dauerhafte Umgestaltung der Strukturen bei der Welternährung einzusetzen, weil die COVID-19-Pandemie und die Auswirkungen des Ukrainekriegs die bestehenden Ungleichheiten beim Zugang zu Nahrungsmitteln aufzeigen und noch verschärfen.

Viele unserer lokalen Caritas-Partner setzen sich seit langem für eine größere Unabhängigkeit von Nahrungsmittelimporten ein. Ziel ist es, die wichtigsten Nahrungsmittel und Grundstoffe im eigenen Land zu erzeugen. Daher setzen wir uns neben den akuten Nothilfemaßnahmen für die Förderung einer gemeinschaftsbasierten traditionellen Landwirtschaft, für Agrarökologie und für eine Überprüfung der Versorgungskette zugunsten lokaler Märkte ein.

Die herausragende Rolle, die Frauen in der kleinbäuerlichen Landwirtschaft einnehmen – sie sind für 60 bis 80 % der Nahrungsmittelproduktion in den

Entwicklungsländern verantwortlich - muss ebenfalls anerkannt werden. Sie müssen beim Aufbau von Genossenschaften und lokalen Versorgungsketten unterstützt werden, die es ihnen ermöglichen, ihre Produkte zu verkaufen. Gleichzeitig sind sie aber auch diejenigen, die mit unsäglichen Herausforderungen konfrontiert sind, weil sie keinen Zugang zu Landrechten, Krediten, Produktionsmitteln und Saatgut haben.

Diese Umgestaltung des Ernährungssystems wird aber nicht kurzfristig wirken. Deshalb brauchen wir dringend massive finanzielle Unterstützung für die betroffenen Länder. Die beim G7-Gipfel zugesagten 4,3 Milliarden US-Dollar sind angesichts des von den Vereinten Nationen errechneten Bedarfes von 44 Milliarden Dollar deutlich zu wenig. Wir kritisieren auch deutlich, dass staatliche Geldgeber wie beispielsweise das Auswärtige Amt ihre Hilfszusagen zu stark auf Afghanistan und die Ukraine konzentrieren. Das hat unabsehbare Folgen für Menschen in anderen Regionen der Welt, wie wir gerade am Beispiel Venezuela erleben, wo uns die Finanzierung eines bislang vom Auswärtigen Amt unterstützten Hilfsprojektes für 75.000 Notleidende und Geflüchtete überraschend abgelehnt wurde. Eine nur schwer nachvollziehbare Entscheidung angesichts der Not der Menschen. Und das ist nur ein Beispiel. Insgesamt wurden die Mittel vom Auswärtigen Amt für Lateinamerika von 60 auf 35 Millionen Euro gekürzt. Zudem sollen nur noch Hilfsprojekte von UN-Organisationen, jedoch keine mehr von deutschen NGOs unterstützt werden.

Die richtige Entscheidung, den Menschen in der Ukraine zu helfen, darf keine Entscheidung gegen andere Regionen sein, nur weil diese geographisch entfernter liegen oder geopolitisch weniger ins Gewicht fallen. Politische Schwerpunktsetzungen sollten nur dann erfolgen, wenn durch eine intensive Koordinierung mit anderen Gebern ein Ausgleich geschaffen werden kann. Wir appellieren deshalb an die Bundesregierung, dass Venezuela sowie andere Krisenländer der Welt, die angesichts des Ukrainekriegs- und des Konflikts in Afghanistan aktuell in Gefahr stehen, aus dem Fokus der internationalen Gemeinschaft zu geraten, weiterhin die Aufmerksamkeit und Unterstützung erhalten, die sie dringend benötigen.